blättchen

TREPTOW-KÖPENICK

Wahlausgabe

Die Linke
Bezirksverband
Treptow-Köpenick

Ausgabe Nr. 313 / September 2026



Heinlein/Die Linke Berlin

Elif Eralp, Bürgermeisterkandidatin der Linken, beim Wahlkampfauftakt in Berlin

Die Linke macht Hoffnung

Doppelrolle: Stärkste Kraft und Bollwerk gegen rechts

Es steht viel auf dem Spiel für Berlin: Am 20. September 2026 entscheiden die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung, welchen Kurs die Hauptstadt für die kommenden 5 Jahre einschlägt. In der Zeit der Regierungskoalition aus CDU und SPD sind viele Berliner:innen ärmer geworden: Um 5 Prozentpunkte ist die Armutsquote in Berlin seit 2023 angestiegen, heißt es im kürzlich veröffentlichten Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. 2025 waren demnach 18,7 Prozent der Berliner:innen von Armut betroffen.

„Diese Armutsdynamik ist politisch gemacht und sie kann politisch beendet werden", findet Elif Eralp, Juristin und Bürgermeisterkandidatin der Linken Berlin. „Was es jetzt braucht, ist eine klare Entscheidung: harte Regulierung der Mieten, massiver Bau bezahlbarer Wohnungen und ein konsequenter Ausbau der sozialen Infrastruktur. Alles andere bedeutet, den Mietenwahnsinn weiterlaufen zu lassen und Berlin Schritt für Schritt zum Verarmungsprogramm zu machen."

Die Linke führt in Umfragen und punktet mit ihren Vorschlägen für einen Mietendeckel bei landeseigenen Wohnungsunternehmen, einem Landesamt für Mieterschutz, um Mietabzocke zu beenden und der überfälligen Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co enteignen". Außerdem will die Partei öffentliche Gesundheitszentren gegen den Ärztemangel ins Leben rufen und das 9 €-Sozialticket wieder einführen.

In Treptow-Köpenick liefert sich Die Linke ein Kopf-an-Kopf Rennen mit der AfD. Es ist offen, wer stärkste Kraft im Bezirk wird, was auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Bezirksamts haben könnte. Zudem geht es in den Wahlkreisen um die Direktmandate zum Abgeordnetenhaus – auch hier fällt die Entscheidung teils zwischen der Linken und der AfD. Die Situation führt dazu, dass auch viele Nicht-Parteimitglieder in diesem Sommer Wahlkampf für Die Linke machen – zusätzlich zu den ohnehin vielen und häufig jungen Mitgliedern, die zuletzt in die Partei strömten. Die neue Kraft nutzt die Partei derzeit nicht nur für Wahlkampf in Form von Infoständen und Haustürbesuchen, sondern profiliert sich auch über ihre Sozialberatungsangebote („Die Linke hilft") sowie das kostenlose Prüfen von Mieterhöhungen und Heizkostenabrechnungen – und das kommt offenbar bei den Berliner:innen gut an.

Das gesamte Wahlprogramm der Linken für ein gerechtes Berlin gibt es hier: gleft.de/6Jf

Gysi meint …

Alles auf Links

„Gesundheitsreform, Rentenpläne, Pflegestreichliste – die Regierung Merz schaut bei ihrer Politik immer nur nach unten, nie nach oben. Und wird dabei vom amtierenden Berliner Senat unterstützt. Wohngeld kürzen, Bürgergeld kürzen, Rentenalter erhöhen, 8-Stunden-Tag angreifen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall kürzen usw. Mit dem gesetzlichen Verbot der Vergesellschaftung privater Wohnkonzerne will die Bundesregierung sogar direkt Art. 15 GG und den Volksentscheid in Berlin aushebeln. Es soll also weiter Profit mit der Verletzung eines Menschenrechts gemacht werden. Dabei könnten die Mieten in den Berliner Wohnungen der Vonovia sofort um 161 Euro sinken, wenn durch die Vergesellschaftung keine Dividenden mehr an Aktionäre gezahlt werden müssten.

Wer an diesen Zuständen etwas ändern will im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, muss Die Linke stark machen: hier in Berlin, in Sachsen-Anhalt, in Mecklenburg-Vorpommern und bei der nächsten Wahl auch im Bundestag. In den aktuellen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag und im Abgeordnetenhaus spiegeln sich die breiten gesellschaftlichen Mehrheiten für gute Löhne, bezahlbare Wohnungen, gute Bildung und Ausbildung, eine wohnortnahe und umfassende Gesundheitsversorgung in Stadt und Land, eine Lebensstandard sichernde und vor Altersarmut schützende Rente und Steuergerechtigkeit nicht wider. Die Abgeordnetenhauswahlen und die Wahlen in den Berliner Bezirken bieten die Chance, endlich politische Mehrheiten zu erreichen und wirksam zu machen, die eine sozial gerechtere Politik in Deutschland durchzusetzen beginnen. Je stärker Die Linke wird, desto sozialer wird die Politik der anderen. Das Erstarken der AfD dagegen hat die Merz-Regierung nicht zur Vernunft gebracht. Setzen Sie alles auf Links, denn diesmal geht es um sehr viel mehr.



Für ein Berlin, das sich alle leisten können

Bezahlbare Mieten für Treptow-Köpenick und ganz Berlin

Jede Stimme entscheidet:
Am 20. September
(oder vorher per Briefwahl)
natürlich Die Linke wählen.
X



Spitzenkandidatin der Linken für Berlin: Elif Eralp

Liebe Treptow-Köpenickerinnen und Treptow-Köpenicker,

Ich trete an, damit Berlin bezahlbar wird und alle Menschen in unserer Stadt ein gutes Leben in Würde haben können. Die großen Immobilienkonzerne wie Vonovia machen immer mehr Kohle und schütten Millionen an ihre Aktionäre aus, während bei vielen Menschen die Verzweiflung wächst, weil alles teurer wird und die Mieten unbezahlbar. Egal ob Inflation, Energiepreise oder Zinswende, am Ende werden die Kosten immer auf die abgewälzt, die zur Miete wohnen. Auch ich kenne das als Mieterin. Es trifft uns alle, denn wir Mieterinnen und Mieter sind 85 Prozent der Menschen in unserer Stadt.

Und für viel zu viele wird das Wohnen zunehmend zum Kampf ums Überleben. Ich kandidiere als Bürgermeisterin für Berlin, weil ich nicht zusehen will, wie große Immobilienkonzerne darüber bestimmen, in welche Richtung sich unsere Stadt entwickelt, während die Menschen in Treptow-Köpenick sich fragen, ob sie sich ihre Wohnung im nächsten Jahr noch leisten können.

Die Mieten steigen weiter, Jahr für Jahr, während Löhne und Renten nicht mithalten. Wer heute in Adlershof, Köpenick oder Schöneweide Kinder bekommt und eine größere Wohnung braucht oder aus anderen Gründen eine bezahlbare Wohnung sucht, hat es schwer. Und wer eine Wohnung hat, lebt oft in Sorge vor der nächsten Mieterhöhung. Das ist kein Naturgesetz. Denn Mieten steigen nicht einfach, sie werden erhöht. Das ist das Ergebnis einer Politik, die den Markt und Immobilienkonzerne entscheiden lässt, wer sich diese Stadt noch leisten kann.

Deswegen haben eine Million Berliner:innen für die Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände gestimmt. Diesen Auftrag müssen wir endlich umsetzen. Außerdem wollen wir mehr Regulierung auf dem Wohnungsmarkt unter anderem durch einen Mietendeckel bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen und ein Landesamt für Mieterschutz, das illegale Mieterhöhungen und Vermietungen als Ferienwohnungen konsequent ahndet. Private Vermieter, die mindestens 50 Wohnungen besitzen, wollen wir verpflichten, mindestens jede dritte freiwerdende Wohnung bezahlbar zu vermieten.

Statt Luxusbauten und sinnlose Bürotürme, die uns das letzte Grün nehmen und dem Klima schaden, wollen wir mehr bezahlbaren Neubau durch die landeseigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften. In wachsenden Ortsteilen wie Adlershof muss sozialer Wohnungsbau mitgeplant und nicht erst nachträglich reinverhandelt werden. Und wo neue Kieze entstehen, müssen Kitas, Schulen und Arztpraxen von Anfang an mitgedacht werden. Wohnen ist mehr als vier Wände und ein Dach über dem Kopf, es ist unser Zuhause. Der Ort, wo wir lieben, leben und unsere Kinder großziehen.

Und zu einem guten Leben gehört auch, dass wir mobil sind in unserer Stadt, dass Bus und Bahn pünktlich kommen und bezahlbar sind und so auch mehr Menschen vom Auto auf den Nahverkehr umsteigen. So begegnen wir einander und schützen unsere Umwelt. Mit Kiezkantinen, wo jede und jeder ein bezahlbares und gutes Essen bekommt, wollen wir außerdem Orte schaffen, an denen sich junge und ältere Menschen treffen, einander zuhören und unterstützen können.

Damit kein Kind zurückgelassen wird, müssen auch unsere Schulen gestärkt werden. Wir wollen die Zahl der Gemeinschaftsschulen in den nächsten 5 Jahren verdoppeln, da diese ein gemeinsames Lernen von Klasse 1 bis zum Abschluss ermöglichen und am besten den Bildungserfolg von Einkommen und Herkunft der Eltern entkoppeln.

Das können wir nur erreichen, wenn wir die Menschen in unserer Stadt mitnehmen und zuhören. Gemeinsam gestalten wir unsere Kieze, aus denen keine Nachbarin und keine Kita, kein lieb gewonnener Späti oder Laden um die Ecke verdrängt werden soll.

Als Eure und Ihre Regierende Bürgermeisterin setze ich mich für genau so eine Stadt ein: solidarisch, bezahlbar und lebenswert für alle. Dafür bitte ich am 20. September um Eure und Ihre Unterstützung und Stimme.

Elif Eralp

Spitzenkandidatin der Linken für Berlin

Aktuelle Termine

Sozialsprechstunde Die Linke hilft
am 17.09.26 und 15.10.26 / Je 17–19 Uhr

Kriegsdienstverweigerungsberatung
am 10.09.26 / um 18 Uhr

In der Brückenstraße 28, 12439 Berlin, S Schöneweide, Tram Brückenstraße
Kontakt: hilfe@dielinke-treptow-koepenick.de, Mobil/WhatsApp: +49 163-27 01 371

Miet-Abzocke stoppen

Die Linke stellt sich auf die Seite der Mieter:innen

Das Leben wird teurer. Was für die einen ärgerlich ist, bedeutet für andere, dass erst am Urlaub und irgendwann an der Heizung gespart werden muss. Einer der Hauptgründe dafür sind die steigenden Mieten. Allein in Treptow-Köpenick hat sich die mittlere Angebotsmiete seit 2015 mehr als verdoppelt. Wer vor zehn Jahren eine neue Wohnung im Bezirk mieten wollte, zahlte durchschnittlich 7,70 € pro Quadratmeter. 2025 waren es 15,60 €. Ein sattes Plus von 103 %.

Die hohen Mieten treffen Menschen mit weniger Geld deutlich härter als Gutverdienende. In einer kürzlich erschienen Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands heißt es: „Die Zahlen lassen keinen anderen Schluss zu als, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen Wohnen vielerorts und millionenfach arm macht."

Das Geld verschwindet jedoch nicht einfach, sondern wird umverteilt. Die Miete wandert aus den Taschen der normalen Bevölkerung vielfach auf die Konten der Aktionäre und Investoren. Während sich viele einschränken müssen oder schlimmstenfalls in die Armut rutschen, machen wenige große Unternehmen Rekordgewinne.

Die Linke steht in diesem Konflikt klar auf der Seite der Mieter:innen. Zum Schutz vor illegalen Mieten soll es daher ein Landesamt für Mieterschutz geben, das konsequent gegen Abzocke vorgeht. Bisher kommen Vermieter, die illegal hohe Mieten einnehmen, oftmals ungestraft davon; dabei müssen Recht und Gesetz auch für Investoren gelten.

Außerdem setzt sich die Linke für einen Mietendeckel bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften ein. Die aktuelle Regierung aus CDU/SPD verteuert das Wohnen. Seitdem Kai Wegner (CDU) Regierender Bürgermeister ist, wurden die Mieten für fast 400.000 landeseigene Wohnungen um bis zu 11 % angehoben. Zum Nachteil für Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen. Die Linke will diese Mieten deckeln. Das kommt rund 1 Mio. Berliner:innen direkt zugute.

Da Berlin weiter wächst, braucht es gleichzeitig ein kommunales Bauprogramm für breite Schichten. Doch derzeit werden Sozialwohnungen nur maximal 30 Jahre sozialgebunden vermietet, danach zu Marktpreisen angeboten. Mit einem neuen Fördersystem sollen Wohnungen in öffentlichem Eigentum entstehen, die dauerhaft bezahlbar bleiben.

Nicht zuletzt sollen große Immobilienkonzerne wie Vonovia enteignet werden. 2021 haben 59,1 % der Berliner:innen dem Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen" ihre Zustimmung gegeben. Dieses Votum bietet keinen Interpretationsspielraum: Berlin will vergesellschaften und 270.000 Wohnungen in die öffentliche Hand überführen. Die Linke möchte daher schnellstmöglich ein Vergesellschaftungsgesetz auf Grundlage des Entwurfs des Volksentscheids umsetzen. Dieses Gesetz setzt auf Bezahlbarkeit und die demokratische Kontrolle der vergesellschafteten Wohnungsbestände.

Die Linke will damit ein neues Kapitel aufschlagen. Wohnen soll nicht zuerst eine Ware sein und Menschen in die Armut treiben, sondern ein Sozialgut, das allen zur Verfügung steht.



Wahlkreis 1:

Alt-Treptow, Plänterwald, Baumschulenweg

Beruf: Soziologe

Experte für:
Haushaltspolitik, Vergesellschaftung, Antifaschismus und die Zahl Pi

X



Wahlkreis 2:

Oberschöneweide, Dammvorstadt, Köpenick Altstadt, Hirschgarten

Berufsausbildung:
Lehramt Theater und Geschichte

Expertin für:
Jugend- und Seniorenpolitik, Kriegsdienst verweigern, Hexenmeisterei

X

Die Linke ist nicht käuflich

Korruption ist in Deutschland strafbar. Großspenden von Reichen und Unternehmen an Parteien aber sind legal. Das nutzen die meisten Parteien aus. Die CDU und die AfD profitieren davon am stärksten.
Im Jahr 2025 erhielt die CDU im Jahr 6,7 Millionen Euro an Großspenden.
Knapp dahinter liegt die AfD, die 5,2 Millionen Euro von Reichen und Großunternehmen gespendet bekam.
Die Linke ist nicht käuflich und lehnt Spenden von Unternehmen ab. Wir zählen auf die Unterstützung von Menschen wie dir! Jeder Euro hilft uns im Kampf für mehr Gerechtigkeit.

Wir brauchen Deine Unterstützung!

Die Linke Berlin,
IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03
Verwendungszweck: Wahlkampf Treptow-Köpenick
Vorname, Name, Anschrift
(Anschrift ist notwendig, weil die Spende sonst rechtlich als anonyme Spende gewertet werden muss und steuerlich nicht geltend gemacht werden kann)

Spende auch online möglich

Die Spende kommt direkt dem Wahlkampf in Treptow-Köpenick zugute.

Unsere Kandidatin für das Bezirksamt: Carolin Weingart

Soziale Sicherheit und Gesundheit für Treptow-Köpenick

Carolin Weingart ist seit 2021 Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit in Treptow-Köpenick. Sie ist im Bezirk aufgewachsen, hat in Jena studiert und sich dort politisch engagiert – zunächst als Stadtverordnete, später in der thüringischen Landesregierung. Nun tritt sie erneut an, um ihre Arbeit fortzusetzen und die soziale sowie gesundheitliche Versorgung im Bezirk weiter auszubauen. Das blättchen sprach mit ihr über Erreichtes und neue Schwerpunkte.

Hallo Carolin, Du bewirbst dich wieder für das Bezirksamt. Welche Motivation treibt dich an?
Ich möchte meine Arbeit fortsetzen, weil Treptow-Köpenick ein Bezirk im Umbruch ist. In den kommenden Jahren entscheiden wir, ob unser Bezirk sozial, lebenswert und für alle bezahlbar bleibt. Seit 2021 trage ich als Bezirksstadträtin Verantwortung und erlebe täglich, wie wichtig eine verlässliche, nahbare und handlungsfähige Verwaltung für das Zusammenleben vor Ort ist. Diese Arbeit möchte ich mit aller Kraft fortführen und dafür sorgen, dass niemand zurückgelassen wird.

Was konntest du bisher im Bezirksamt erreichen und welche Projekte stehen jetzt an?
Wir haben wichtige Impulse für den sozialen Zusammenhalt gesetzt. 370 Ehrenamtliche engagieren sich inzwischen im Ehrenamtlichen Dienst des Sozialamtes, in den Sozialkommissionen oder in unseren 11 kommunalen KIEZKLUBs. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für das Miteinander und wirken Einsamkeit entgegen.
Außerdem haben wir die Straßensozialarbeit für erwachsene obdachlose Menschen eingeführt, um Menschen in schwierigen Lebenslagen direkt vor Ort zu erreichen und unkompliziert Unterstützung anzubieten. Mit dem Runden Tisch Pflege haben wir ein verlässliches Netzwerk geschaffen, in dem Akteur:innen aus Pflege, Beratung und Verwaltung gemeinsam an Lösungen für die Herausforderungen in der Pflege arbeiten. Diese Angebote wollen wir weiterentwickeln und dort ausbauen, wo sie besonders gebraucht werden.

Ein zentraler Schwerpunkt ist die gesundheitliche Versorgung. Wo liegen die größten Herausforderungen?
Eine verlässliche und gut erreichbare Gesundheitsversorgung gehört zur Daseinsvorsorge. Auch in Treptow-Köpenick fehlen Haus- und Fachärzt:innen, die Wege werden insbesondere für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen länger.

Fotonachweis: Maximilian König



Carolin Weingart, Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit in Treptow-Köpenick

Ich setze mich deshalb für den Aufbau medizinischer Versorgungszentren (MVZ) ein, um Lücken in der haus- und fachärztlichen Versorgung zu schließen. Mit der Praxis-Raumbörse vermitteln wir geeignete Räume für Arztpraxen und unterstützen damit die Ansiedlung von Ärzt:innen im Bezirk. Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel oder vom Wohnort abhängen.

Fehlender Wohnraum und steigende Kosten belasten viele Haushalte. Was kann die Bezirkspolitik tun?
Die Mietentwicklung ist eine der größten sozialen Fragen in unserem Bezirk. Wir müssen alle kommunalen Handlungsspielräume nutzen: Milieuschutzgebiete ausweiten, Vorkaufsrechte nutzen und den Bau von echten Sozialwohnungen priorisieren – ohne grüne Innenhöfe und Erholungsflächen zu opfern. Wohnen ist kein Spekulationsobjekt, sondern soziale Daseinsvorsorge. Wo Kieze wachsen, muss die Infrastruktur Schritt halten: von Kita und Schule über Jugendangebote bis zur barrierefreien Arztpraxis. Ein sozialer Bezirk bedeutet für mich: bezahlbares Wohnen, gute Gesundheitsversorgung und kommerzfreie Begegnungsangebote für alle Generationen.

Bürgersprechstunde

Bezirksstadträtin und Leiterin der Abteilung Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe, **Carolin Weingart, Donnerstag, 10. September, 10–11.00 Uhr** (telefonisch oder vor Ort) Hans-Schmidt-Straße 16, 12489 Berlin, Raum 132, Anmeldung unter: (030) 902 97 59 88

Sozialpolitische Sprechstunde für Seniorinnen und Senioren

Carolin Weingart, Bezirksstadträtin und Leiterin der Abteilung Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe und Karin Franzke, Mitglied der Seniorenvertretung

Montag, 12. Oktober, 10.30–12.00 Uhr KIEZKLUB Allende, Gruppenraum

Zeit für Veränderung

Treptow-Köpenick steht vor großen Herausforderungen

„Aus Wut wird Hoffnung und Veränderung“. So beginnt das Wahlprogramm der Partei Die Linke für das Bezirksparlament in Treptow-Köpenick. Gründe, wütend zu werden, gibt es leider genug: steigende Preise, mehr Druck auf Beschäftigte und Rentner:innen, Sozialkürzungen, das Klima kippt und rechte Hetze ist salonfähig.

Dagegen setzt die Linke auf Solidarität. Gerade in unserem Bezirk, der wächst und jünger wird, aber auch das Zuhause vieler hochbetagter Menschen ist. Ob bezahlbares Wohnen, soziale Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, gute Bildung oder ein leistungsfähiger ÖPNV: Alle Menschen müssen hier gut leben können. Geld muss her für Kinder, Jugendliche und Alte, für Krankenhäuser, Schulen, Jugendclubs, Schwimmhallen und pünktliche Bahnen, für bezahlbare Wohnungen – nicht für Raketen, Panzer und Soldaten! Zugleich muss sich der Bezirk den Herausforderungen des Klimawandels stellen. Zu große Aufgaben für ein Bezirksparlament, mögen einige sagen. Doch Veränderung beginnt im Kleinen.

Treptow-Köpenick: Friedlich, solidarisch und ökologisch

Für so einen Bezirk bei der BVV-Wahl stimmen

Treptow-Köpenick ist das Zuhause von über 300.000 Menschen und es werden täglich mehr. Von Schmöckwitz und Rahnsdorf über Altglienicke, Friedrichshagen und Köpenick bis nach Treptow erstreckt sich der Bezirk und ist damit der größte Berlins. Egal ob im Grünen oder am S-Bahn-Ring, die Bewohner:innen teilen sich viele verschiedene Bedürfnisse: Eine gute medizinische Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf, bezahlbarer Wohnraum, attraktive Grünflächen, Bus und Bahn als Transportmittel durch die Stadt und vieles mehr.



Fotocredit: Moritz Schetter

Abstimmung über Wahlprogramm auf der Hauptversammlung im März 2026

Vieles davon ist aktuell nicht gegeben und es besteht an einigen Stellen dringender Handlungsbedarf. Um die Probleme in den verschiedenen Ortsteilen des Bezirks zu erkennen, Lösungsideen zu entwickeln und dann die richtigen Stellen zu adressieren, gibt es die Bezirksverordnetenversammlung, die BVV. Sie ist die direkte Interessenvertretung der Menschen in Treptow-Köpenick. Bei den Berlin-Wahlen wird die BVV am 20. September zusammen mit dem Abgeordnetenhaus neu gewählt.

Dann kann jede wahlberechtigte Person – also alle Menschen, die am Wahltag die deutsche Staatsbürgerschaft oder die eines anderen EU-Landes besitzen, mindestens 16 Jahre alt sind und seit mindestens drei Monaten den Hauptwohnsitz in Berlin haben – für ein anderes, besseres Berlin seine oder ihre Stimme abgeben. Viele Parteien haben für die Wahl Listen aufgestellt, für die abgestimmt werden kann. Die Linke schickt 27 Nachbar:innen ins Rennen, die sich für einen friedlichen, solidarischen und ökologischen Bezirk einsetzen. Ob fehlende Haus- und Kinderärzt:innen, Mietabzocke, Unterstützung für pflegende Angehörige, fehlende Kulturangebote für Jugendliche, steigende Obdachlosigkeit, die Notwendigkeit von Hitzeschutz, mehr Gemeinschaftsschulen oder eine bessere Anbindung ans Straßenbahnnetz – es gibt viel zu tun!

Die Linke kämpft für ein Treptow-Köpenick, in dem Ärzt:innen, der Wochenmarkt und die Post direkt um die Ecke, möglichst in fußläufiger Nähe liegen; in der die Kleingärten als Erholungsflächen geschützt sind und Kitas, Gesundheits- und Pflegeangebote für Alle barrierefrei verfügbar sind.

Ein sicheres Zuhause ist ein Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt. Wir als Die Linke unterstützen deshalb mit allen bezirklichen Mitteln, dass der Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co. Enteignen umgesetzt wird. Zudem sorgen wir im bezirklichen Wohnungsamt für ausreichend Personal, um jeden Euro zu viel gezahlter Miete zurück zu erkämpfen!

Im Bildungsbereich setzt Die Linke auf gute frühkindliche Bildung, Gemeinschaftsschulen als idealen Ort für gemeinsames Lernen und kostenlosen Zugang von Kindern zu Mittagessen. Wir fordern: keine Bundeswehrpräsenz an unseren Schulen und starke Volkshochschulen.

Die Linke will zudem barrierefreie Mobilität für alle Menschen im Bezirk, unabhängig von ihrem Körper oder ihrem Geldbeutel. Der Verkehr soll nachhaltig organisiert werden und die Anwohner:innen nicht mit Lärm und Abgasen belasten. Deshalb stärkt Die Linke den Umweltverbund, also den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), sowie den Fuß- und Radverkehr im Bezirk.

Die Linke setzt sich für eine Stadt für Alle ein. Alle sollen sich in unserem wald- und wasserreichen Bezirk frei und sicher bewegen können, sich wohlfühlen, unabhängig von Einkommen, Herkunft oder körperlichen Fähigkeiten. Ob mit Rollstuhl oder Rollator, als Kind oder Senior:in, mit wenig oder mehr Geld. Chancengleich und sozial gerecht, im friedlichen und solidarischen Miteinander sollen sich Menschen hier begegnen können. Die Linke steht für ein antifaschistisches, buntes, tolerantes und weltoffenes Treptow-Köpenick.

Als stark wachsender Bezirk kommen tagtäglich neue Herausforderungen auf uns zu. Um diese zu meistern, braucht es eine starke Fraktion Die Linke in der nächsten Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Wir freuen uns, wenn ihr uns daher eure Stimme gebt und euch mit euren Anliegen bei uns meldet unter bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de. Wir sind für euch und eure Interessen da!

Hier geht's zum bezirklichen Wahlprogramm: gleft.de/6B7



Wahlkreis 3:

Niederschöneweide, Johannisthal, Späthsfelde und Südwest-Adlershof

Beruf: Elektriker

Experte für: Energieversorgung, Kleingärten und Dart

X



Wahlkreis 4:

Altglienicke und Bohnsdorf

Berufsausbildung: Historikerin

Expertin für: Ärztinnenversorgung, kurze Wege, DDR-Garagen und schnelle Wortgefechte

X

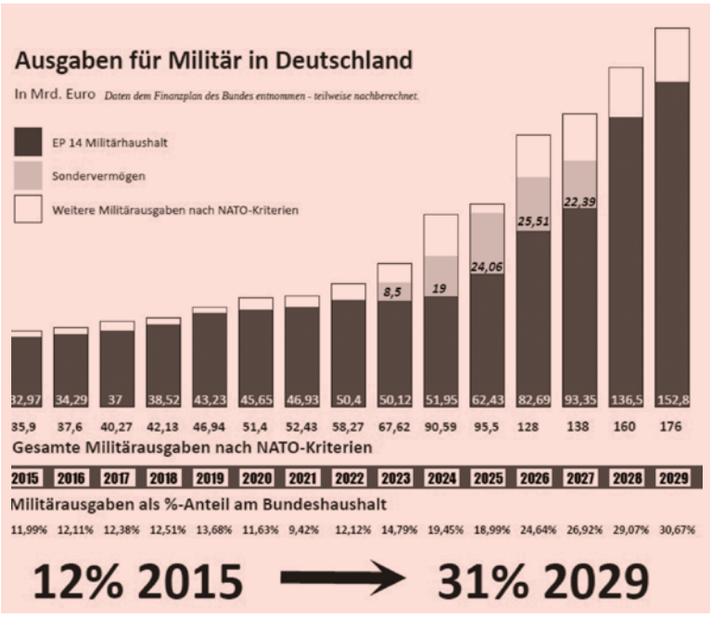
Umverteilen statt Aufrüsten!

Der Bundeshaushalt wird zur Kriegskasse

Kurz vor dem 1. Mai hatte die Bundesregierung ein besonderes Geschenk parat: Das Kabinett beschloss den Finanzplan des Bundes für 2026 bis 2030. Finanzminister Lars Klingbeil sprach von Investitionen, die Deutschland „krisenfester" machen sollen. Ein Blick in die Zahlen zeigt: Krisenfest wird vor allem die Rüstungsindustrie.

Allein in diesem Jahr fließen rund 130 Milliarden Euro in Aufrüstung. Zum Vergleich: 2021 lag dieser Posten nach NATO-Kriterien noch bei 52,4 Milliarden – die Summe hat sich also mehr als verdoppelt. Und es geht munter weiter: bis 2030 soll der Rüstungshaushalt auf weit über 150 Milliarden Euro anwachsen. Das sind rund ein Drittel des gesamten Bundeshaushalts.

Möglich macht das die faktische Abschaffung der Schuldenbremse für Rüstung durch den Kurswechsel von Union, SPD und Grünen im Frühjahr 2025. Bis 2030 türmen sich so allein 534,5 Milliarden Euro neue Schulden auf. Das bedeutet, zusätzlich zu den Rüstungsausgaben kommt noch die Zinslast, welche in 2030 78,7 Milliarden Euro beträgt und somit zusätzliche zwölfeinhalb Prozent des Bundeshaushalts ausmacht. Woher das Geld kommen soll, ist mittlerweile eindeutig: Von uns! In fast allen anderen Bereichen wird im Haushalt dramatisch gekürzt. Selbst das 500-Milliarden-Infrastruktursondervermögen ist keine zivile Investition: Straßen und Schienen werden explizit für Truppentransporte ertüchtigt (Informationsstelle Militarisierung 2026).



Quelle: Informationsstelle Militarisierung 2026

Begründet wird die massive Aufrüstung mit der Angst vor einem russischen Angriff auf die NATO, angeblich ab 2029. Selbst Militärstrategen wie Carlo Masala von der Universität der Bundeswehr München halten das für eine politisch konstruierte Zahl, die niemand belegen kann – ein russischer Einmarsch in ein NATO-Land gilt selbst ihm als derzeit ausgeschlossen, erklärte er der ZEIT (26.05.2025). Das Kriegsnarrativ dient offenbar weniger der Analyse als der gesellschaftlichen Einstimmung auf Militarisierung.

Berlin wird Defence Tech Hub

Wie sich diese Milliarden konkret auswirken, lässt sich in Berlin sehen. Der Senat entwickelt die Stadt als „Defence Hub": Es sind bereits über 130 Rüstungsunternehmen in der Hauptstadtregion angesiedelt und mehr als 400 Firmen, die Güter mit einem doppelten, also zivilen und militärischen, Verwendungszweck (dual use) herstellen. Es sollen mehr werden und Hochschulen sollen ihre Forschung auch auf militärische Verwertbarkeit ausrichten. In Adlershof entsteht mit dem Rüstungskonzern Israel Aerospace Industries ein „Innovationszentrum für Luft- und Raumfahrt und Verteidigung" – direkt neben dem Naturwissenschafts-Campus der Humboldt-Universität (UZ 26.6.26).

Geld für Soziales statt für Kriegstüchtigkeit!

Während die Regierung öffentliche Gelder, universitäre Forschung und ganze Stadtteile auf Kriegswirtschaft ummünzt, kürzt sie Gelder für soziale Sicherheit, Bildung und Daseinsvorsorge. Aufrüstung ist keine abstrakte Haushaltsposition – sie hat einen Preis, den wir bezahlen.

Antifaschismus in Treptow-Köpenick

Bezirksweite Bündnisse gegen den Rechtsruck

Die Gesellschaft rückt weiter nach rechts. Der autoritäre Umbau der Gesellschaft schreitet fort. Die Linke bildet einen starken Pol gegen diese Entwicklung. Im Berliner Wahlprogramm heißt es:

„Berlin ist bunt und vielfältig. Damit dies auch so bleibt, steht Die Linke als starke antifaschistische Kraft an der Seite aller, die sich gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung stellen und für eine solidarische Stadt kämpfen."

Die Linke Berlin formuliert im Wahlprogramm die Grundzüge einer antifaschistischen Metropolenpolitik. Dazu gehört die Stärkung der antifaschistischen Zivilgesellschaft, die parlamentarische Aufklärung über rechte Strukturen und Gewalt, aber auch eine antifaschistische Erinnerungskultur.

Antifaschismus beginnt in der Nachbarschaft, in vielen Ortsteilen in Treptow-Köpenick wählen inzwischen über 30 Prozent der Wahlberechtigten die AfD. Eine wichtige Ressource im Kampf gegen die extreme Rechte sind breite gesellschaftliche Bündnisse. Die Linke ist seit über 20 Jahren Teil des bezirksweiten Bündnisses für Demokratie, unterstützt das Jugendclub-Bündnis „Bunt statt Braun" und beteiligt sich an der Kampagne „Keine Heimat für Nazis in Köpenick und Überall".

Darüber hinaus initiieren und unterstützen wir auch in den Ortsteilen antifaschistische Vernetzung und beteiligen uns an Kundgebungen und Demonstrationen.

Antifaschistische Termine in Treptow-Köpenick

09.09.: „Rechte Übergriffe in Alt-Treptow", Diskussionsveranstaltung von BdA Treptow und Die Linke Treptow-Köpenick, 19 Uhr, Republik Reger (Bouchéstraße 79a, 12435 Berlin)

13.09.: Antifaschistische Demonstration in Friedrichshagen, organisiert von „Friedrichshagen für Alle", Treffpunkt: 14 Uhr S-Bahnhof Friedrichshagen.

14.09.: Stolperstein-Verlegung des BdA Treptow in Johannisthal um 15 Uhr, Trützschlerstraße 22

20.09.: AfD-Direktmandate an der Wahlurne verhindern.

10.10.: Demonstration „Bass statt Hass" Köpenick, organisiert vom Bündnis „Bunt statt Braun."



Mobilität für alle – zuverlässig und bezahlbar

Wie Die Linke die Mobilitätswende gestaltet

Unser Ziel ist es, dass alle Menschen in Treptow-Köpenick schnell und sicher, umweltfreundlich und bezahlbar unterwegs sein können. Dafür wollen wir das Straßenbahnnetz im Bezirk ausbauen, unter anderem die Strecke von Johannisthal zur U7 verlängern und Baumschulenweg an das Straßenbahnnetz anschließen. Gleichzeitig müssen Bus und Bahn für alle nutzbar sein, weshalb wir Aufzüge an allen S-Bahnhöfen brauchen und die Bushaltestellen mit ausreichend Sitzgelegenheiten und einer Überdachung ausgestattet sein müssen. Um den Busverkehr noch umweltfreundlicher zu machen, wollen wir mit dem Bau des neuen Depots an der Minna-Todenhagen-Brücke auch die Busse auf Elektroantrieb umstellen. Damit Bus und Bahn für alle bezahlbar bleiben, frieren wir die Ticketpreise im öffentlichen Nahverkehr ein und senken diese, wo es möglich ist – zum Beispiel durch die Einführung eines 9 €-Sozialtickets.

Den Fußverkehr wollen wir stärken, indem wir Barrieren abbauen: Bordsteine sollen konsequent abgesenkt und mehr Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum geschaffen werden. Durch den Ausbau von Radwegen bis zur Schaffung eines durchgehenden Fahrradnetzes im gesamten Bezirk sowie die Bereitstellung zusätzlicher Fahrradständer an S-Bahnhöfen wollen wir den Radverkehr komfortabler und sicherer machen. Auch bestehende, oftmals zu schmale oder beschädigte Radwege wollen wir sanieren und auf einen zeitgemäßen Standard bringen.

Sharingangebote sollen einen Mehrwert für den gesamten Bezirk bringen, weshalb wir Anbieter zum Ausbau ihres Services verpflichten wollen. Da wir Grünflächen und Kulturorte erhalten wollen, lehnen wir den Weiterbau der A100 ab. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Daher wollen wir nicht in Beton für noch mehr Autoverkehr investieren, sondern das Geld lieber in bessere Arbeitsbedingungen der Bus- und Bahnfahrer:innen, mehr Zuverlässigkeit und Sauberkeit sowie bessere Takte im ÖPNV investieren.



Wahlkreis 5:

Nordost-Adlershof, Spindlersfeld, Köllnische Vorstadt, Grünau, Karolinenhof, Schmöckwitz, Rauchfangswerder

Beruf:
Verwaltungsdigitalisierer

Experte für:
Digitalisierung, Verwaltung, Union und Segeln

X

Gute Bildung und Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen

Wie Die Linke für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen will

Bildungsgerechtigkeit fängt in der Kita an. Doch durch überlastete Erzieher:innen und mit eingeschränkten Betreuungszeiten bekommen Kinder nicht die Förderung, die ihnen zusteht und die sie brauchen. Wir „nutzen“ den Geburtenrückgang für einen besseren Betreuungsschlüssel: weniger Kinder für gleich viele Erzieher:innen. Davon profitieren alle.

Vor allem die Ost-Bezirke wachsen schnell und damit auch ihr massiver Lehrkräftemangel, den die CDU kleinrechnet, nicht bekämpft. Wir ändern das: Die von Schwarz-Rot gestrichenen Sondermittel für Lehrkräftebildung stellen wir wieder bereit und bilden mehr Lehrkräfte aus.

Wir wollen die Zahl der Gemeinschaftsschulen, an denen Kinder bis zum Abschluss gemeinsam lernen, verdoppeln. Hier gelingt es, den Lernfortschritt von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Auch das Bangen um einen Schulplatz ab Klasse 7 entfällt. Die im Juli übergebene Gemeinschaftsschule Adlershof ist die vierte im Bezirk, zwei weitere werden vorbereitet. Doch der CDU-Stadtrat will die Zahl der Schulplätze ab Klasse 5 an Gymnasien erhöhen, also mehr und frühere Selektion.



„Wir sind #unkürzbar“-Demo im November 2025

Offene und niedrigschwellige Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien müssen ausgebaut werden. Kinder- und Jugendarbeit ist der Raum für junge Menschen, um sie zu beteiligen und Demokratie erlebbar zu machen. Begegnung und Austausch einschließlich Beratung, aber auch kostenfreier Sport, Spiel, Kreativität und Party werden möglich. Wir unterstützen auch weiterhin alle, die gegen Kürzungen protestieren. Wir kämpfen für eine bessere Finanzierung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit und für mehr Begegnungsorte für junge Menschen im öffentlichen Raum.



Wahlkreis 6:

Allendeviertel, Kietz, Kietzer Feld, Wendenschloß, Müggelheim

Beruf:
Lehrerin

Expertin für:
Schule, Jugend und schlechte Witze

X

Keine Zwei-Klassen-Medizin

Öffentliche Gesundheits- und Sorgezentren sind die Zukunft

Schon auf Arztsuche gewesen? Dann kennen Sie: „Wir nehmen keine neuen Patienten an“. Hausärzt:innen machen auch keine Hausbesuche mehr. Eine gute, bedarfsgerechte Versorgung für jede und jeden muss endlich Maßstab werden: egal, wo Mensch wohnt, wie Mensch heißt oder welche Krankheit behandelt werden muss.

Unser Berliner Plan für gute Gesundheitsversorgung und Pflege: Berlin soll eine sorgende Stadt sein – bis in jeden Kiez. Angebote müssen für alle um die Ecke barrierefrei verfügbar werden. Auch in Treptow-Köpenick, das rasant wächst, jünger wird und zugleich ein Ort mit vielen hochbetagten Menschen bleibt.

Über 40 Arztsitze sind unbesetzt, vor allem fehlen Haus- und Kinderärzt:innen sowie ambulante geriatrische Angebote. Die Kassenärztliche Vereinigung ändert das nicht, sondern streicht lieber die finanzielle Förderung für neue Arztpraxen. Das verlängert Wartezeiten auf Termine weiter, obwohl wir alle, dank der „Gesundheitsreform“ noch mehr zuzahlen sollen. Die Linke nimmt das nicht hin und verfolgt konsequent den Weg neuer Lösungen:

Die Praxisraumbörse – initiiert durch unsere Spitzenkandidatin und Gesundheitsstadträtin Carolin Weingart – wird noch attraktiver gestaltet. Durch individuelle soziale Angebote für Ärzt:innen soll es mehr Haus- und Fachärzt:innen, vor allem in unterversorgten Kiezen, geben. Vor allem wollen wir Medizinische Versorgungszentren (MVZ) in öffentlicher oder gemeinnütziger Hand und nicht profitorientiert. Ein Sonderprogramm im Land soll das finanzieren. Wir prüfen einen Gewerbemietendeckel auch für Arztpraxen.

Gemeinnützige Sorgezentren sind die Zukunft. Hausärzt:innen, Gemeindepflege („Schwester Agnes“), Psychotherapeut:innen, Sozial- und Suchtberatung sowie Fachärzt:innen kooperieren unter einem Dach. Deshalb unterstützen wir die Initiative, das Parkcenter Treptow zu einem Sorgezentrum für die Nachbarschaft umzugestalten.



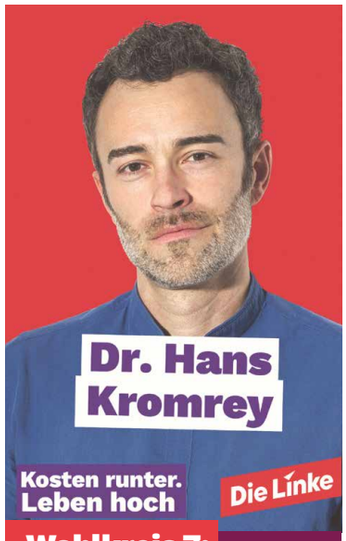
Durch Proteste der Bürgerinitiative Pro Plänterwald gemeinsam mit der linken Abgeordneten Katalin Gennburg konnte für das Ärztehaus am Dammweg ein neuer Hausarzt gewonnen werden.

Würdevolle Pflege ist ein Menschenrecht

Im Bezirk wächst der Pflegebedarf insbesondere für Menschen älter als 80 Jahre. Mehr Plätze für Kurzzeit- und Tagespflege sowie echte Unterstützung für pflegende Angehörige wollen wir. Alleinlebende Menschen ohne pflegende An- und Zugehörige dürfen – besonders bei Hitze und Krisen – nicht allein gelassen werden. Die Präsenzzeiten von Pflegestützpunkten und aufsuchende Angebote wollen wir ausbauen. Und Hitzeschutz soll bedarfsgerecht im Land und in jedem Bezirk finanziert werden. Das Modell „Community Nurse“, die als vertraute Ansprechperson im Kiez medizinische und soziale Hilfen vermittelt, wollen wir fest verankern.

Krankheit und Pflege dürfen nicht arm machen. Immer mehr Menschen brauchen jedoch „Hilfe zur Pflege“ und müssen auf die Bewilligung zu lange warten. Wir wissen: Arme Menschen werden schlimmer krank und sterben früher. Wer Armut bekämpft, fördert also auch Gesundheitsprävention. Und die muss bei jedem Neubau mitgedacht werden.

Ohne Bürgerversicherung, in die alle einzahlen sowie Steuerfinanzierung für Gesundheit, Pflege, Psychotherapie und Prävention statt Rüstungsförderung wird es keine gute Versorgung geben. Dafür streiten wir im Bund und unterstützen zugleich jede Initiative vor Ort gegen eine Schließung von medizinischen Angeboten, wie in Plänterwald. So demonstrierten Ende August Lena Fries, Carolin Weingart und Gregor Gysi mit den Nachbarn in Bohnsdorf und Altglienicke. Gemeinsam protestieren wir mit Postkarten an das Ministerium gegen die Gesundheitsreform, die die Versorgung weiter verschlechtern wird.



Wahlkreis 7:

Köpenick Nord, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Wilhelmshagen

Beruf: Richter

Experte für: Rechtspolitik und Jagd auf Miethaie

X

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick
Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de
Öffnungszeiten:
Montag 13.00 – 17.00 Uhr
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr
Kassenzeiten:
Auf Anfrage
Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB
Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de
Sprechzeiten:
Mo + Mi 13.00 – 16.30 Uhr
Kassenzeiten Brückenstraße:
Auf Anfrage

www.dielinke-treptow-koepenick.de

dielinketk

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Redaktion: Edith Karge, Dobrila Kontić, Joseph Rohmann
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH Storkower Straße 127A+129, 10407 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.08.26
Erscheinungstag blättchen 314: Mo, 12.10.26
Redaktionsschluss dafür: Di, 29.09.26
Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.

Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: www.dielinke-treptow-koepenick.de